

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion  
Hannover, Georgstr. 33

p/II/7

Spä. 21. Januar 1947  
Telefon 20951

## Krisenerscheinungen

\*\*\*\*\*

P.R. Die geistigen Strömungen unserer Zeit sind, soweit die Politik in Betracht kommt, in Europa in einigen wenigen grossen Bewegungen - zumeist in Parteien organisiert - eingefangen. Angesichts der Fülle der Probleme, der Verschiedenartigkeit der Voraussetzungen für den neuen Anfang und der kaum verändert scharfen nationalen Gegensätze erscheint dieses einfache Schema auf den ersten Blick erstaunlich. Es beweist andererseits, dass im Grunde die Not, wenn nicht die gleiche, so doch überall eine gleichartige ist.

Die Folge dieser einfachen Gliederung ist es, dass in allen diesen grossen Bewegungen, der konservativ-demokratisch-konfessionellen, der sozialistisch-demokratischen und der kommunistisch-subversiven, Gruppenbildungen und Nuancierungen sehr willensbildung vorhanden sind. Die innerpolitischen Situationschilderungen aus fast allen Ländern wissen von solchen Erscheinungen zu berichten, ja, Vorgänge dieser Art bilden fast feste Bestandteile im innerpolitischen Leben eines jeden Landes.

Auch die internationale Sozialdemokratie ist davon nicht verschont geblieben. In Italien ist es zu einer regelrechten Spaltung der sozialistischen Partei gekommen dadurch, dass sich der rechte Flügel unter Giuseppe Saragat vom Gros trugante. Nenni, der Führer der italienischen Sozialisten und Befürworter einer Politik der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, ist als Aussenminister zurückgetreten, um, wie er ausdrücklich gesagt hat, sich ganz der Arbeit in seiner Partei zu widmen. Er ist stets ein sehr aktiver und den Zielen seiner Partei besonders eng und hingebungsvoll verbundener Sozialist gewesen, er stand immer weit links, aber er hat sich stets

an den Ausgleich der sozialistischen Parteien und überhaupt um innerpolitischen Frieden bemüht. Gerade vor einem Jahr reiste er mit dem bekannten Schriftsteller Igrazio Silone, der inzwischen immer weiter zum Saragat-Flügel schwenkte, nach London, um mit der Labour-Party das Programm einer neuen sozialistischen Internationale zu besprechen. Der Flügel der Sozialisten, der sich jetzt von Nenni und seinem engen Anhang getrennt hat, ist gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, will sich aber andererseits auch deutlich von den Christlichen Demokraten absetzen. Wie weit der Rücktritt auch des Ministerpräsidenten de Gasperi, der dieser Partei angehört, mit diesen parteipolitischen Entwicklungen zusammenhängt, lässt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Ebenso ist in Polen das Verhältnis zu den Kommunisten einer der wichtigsten Gründe für Spaltungerscheinungen in der sozialistischen Partei, die freilich in diesem Lande schon seit langem nicht mehr über ihre ungeschmalerte Bewegungsfreiheit verfügt. Vor den Wahlen war jedenfalls eine verschärfte Rivalität zwischen Kommunisten und Sozialisten bemerkbar, die an sich beide im Regierungsblock vereinigt sind, und verschiedene sozialistische Persönlichkeiten waren offen zur Unterstützung der von der oppositionellen Bauernpartei eingereichten Wahllisten durch ihre Mitunterzeichnung übergegangen. Dazu gehörte auch Sigmund Zulawski, der frühere Präsident des Nationalen Hauptausschusses der sozialdemokratischen Partei und Sekretar des polnischen Gewerkschaftsbundes.

Nicht anders haben die sozialistischen Parteien in England und in Frankreich an Krisenerscheinungen gelitten oder leiden noch zu ihnen. Die S.F.I.O. ging aus ihr ziffernmässig zwar erheblich geschwächt, aber nach dem Londoner Erfolg Blums und dem ehrenvollen Auftragen an Auriol und Ramadier mit erheblich gestärktem Ansehen hervor. Auch die Labour Party hat den kleinen Aufstand der Leute um Crossman zunächst überwand, ruhig und krisenlos verläuft die Entwicklung eigentlich nur in den Ländern, die den Vorzug geniessen, auch in dieser turbulenten Zeit ein einigermaßen ausgeglichenes Leben führen zu können, wie es z.B. in Skandinavien der Fall ist.

In Deutschland hat sich der entsprechende Vorgang der Scheidung der Geister bereits vor rund einem Jahr vollzogen, unter der zwingenden Einflussnahme einer Besatzungsmacht. Die Auffassungsunterschiede, die seitdem innerhalb der SPD aufgetaucht sind, und bei manchen Fragen gar natürlicherweise in Erscheinung treten, können in diesem Zusammenhang als weiteres Beispiel nicht angeführt werden. (sgo/21/1/hc)

## Dänemarks Südgrenze unveränderlich

## Ein Interview mit Hedtoft-Hansen

Der K.K.-Korrespondent des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" hat den Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie, Hans Hedtoft-Hansen um seine Stellungnahme zum dänisch-deutschen Grenzproblem gebeten.

Welche Verpflichtungen hat nach Ihrer Auffassung Dänemark gegenüber der dänischen Minderheit in der Grenzprovinz Schleswig?

Ich meine, in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Partei, dass für die dänische Minderheit jede Wirkmöglichkeit in kultureller und nationaler Beziehung geschaffen werden muss. Wir sollten ausserdem unseren Willen kundtun, dem Dänentum auf allen praktischen Gebieten zu helfen.

Halten Sie die Stellung der dänischen Minderheit durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig für bedroht?

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig, welche die Bevölkerungszahl auf ungefähr das Doppelte gebracht hat, hat sowohl in Dänemark als auch bei der dänischen Minderheit in Südschleswig (Südschleswig ist die dänische Bezeichnung für diesen deutschen Teil der Provinz K.K.) Beunruhigung hervorgerufen. Ich verstehe, dass es in Deutschland grosse Schwierigkeiten mit der Unterbringung dieser Menschen gibt, doch würde es beruhigend wirken, wenn den Flüchtlingen in anderen Teilen Deutschlands Platz bereitet werden könnte, damit dem Grenzgebiet Südschleswig die Flüchtlings-Bürde erleichtert wird.

Glauben Sie, dass das Problem durch eine neue Grenzziehung gelöst werden sollte, und zwar so, dass die von der dänischen Minderheit bewohnten Gebiete zu Dänemark geschlagen werden?

Die Sammelregierung, die unmittelbar nach der Okkupation Dänemarks durch die Deutschen eingesetzt worden war und aus Vertretern der politischen Parteien und der Widerstandsbewegung bestand, hatte die Auffassung, die in der Erklärung der Regierung zum Ausdruck kam. Wörtlich heisst es in dieser Erklärung: "Die Regierung, die den Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechtes vertritt, hat die Auffassung, dass die Grenze festliegt. Die bei Kriegsschluss vollkommen veränderten Verhältnisse bewirken aber, dass sowohl das Problem der Stellung der dänischen Minderheit südlich der Grenze, wie auch das Problem der Stellung der deutschen Minderheit in Dänemark einer Untersuchung unterworfen werden müssen." - Als die Venstre-Partei (deren Wähler hauptsächlich aus der sozialen Mittelgruppe der Bauern bestehen) nach der letzten Folketingswahl am 30. Oktober 1945 die Regierung übernahm, wurde in der Programmklärung der Regierung gesagt: "Das Ministerium anerkennt voll und ganz das nationale Selbstbestimmungsrecht, das auch in Zukunft die Grundlage für die Reichsgrenze gegen Süden sein soll."

Als eine englische Note vom 9. September 1946 eine Präzisierung dessen wünschte, was die Dänen im Hinblick auf Südschleswig wünschen,

stellte diese Note drei Möglichkeiten zur Diskussion:

- 1.) Bevölkerungsaustausch.
- 2.) Volksabstimmung mit nachfolgender Grenzregulierung.
- 3.) Grenzregulierung ohne Volksabstimmung.

Am 15. September gab die sozialdemokratische Reichstagsgruppe und der Parteivorstand eine Erklärung ab, in der es heisst, dass die Sozialdemokratie an der Linie der Sammlungsregierung festhält, in der zum Ausdruck kommt, dass Dänemarks Grenze unveränderlich ist. Die Stellungnahme gründet sich auf die klare Entscheidung, die nach der Abstimmung von 1920 durch die Grenzziehung getroffen wurde. Diese Grenze hat ihre Haltbarkeit selbst während der schweren Zeit der Besetzung erweisen. Ich kann meine Zustimmung nicht dazu geben, dass von dem Rechtsgrundsatz abgewichen werde, der damals festgestellt wurde. Ich bin der Auffassung, dass es ein Unglück für die Zukunft unseres ganzen Landes wäre, wenn eine Ordnung stabilisiert würde, die in einer oder mehreren Generationen Ursache für heftige Unruhen und nationale Aufhetzung an unserer südlichen Grenze werden könnte. Ich kann meine Zustimmung nicht zu irgendeinem Schritte geben, der in der Richtung auf Machtpolitik gedeutet werden könnte.

Was soll nach Ihrer Auffassung ein für alle Parteien in Dänemark annehmbares Kompromiss in der schleswigschen Frage für einen Inhalt haben?

Es kann in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung des Folketings vom 9. Juli 1946 hingewiesen werden, in der gesagt wird, dass die Regierung eine Politik billigen möge, welche, gestützt auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, zum Ziele hat, teils dem dänischgesinnten Teile der Bevölkerung in Südschleswig die allgemeinen bürgerlichen und demokratischen Rechte zu sichern, darunter die Möglichkeit zu freier kultureller und politischer Betätigung auf gleichem Fusse mit der übrigen Bevölkerung von Südschleswig; teils zu versuchen, die Flüchtlinge von Südschleswig zu entfernen und die Aufmerksamkeit der alliierten Mächte unablässig auf dieses Problem zu richten; schliesslich bei den Alliierten zu erreichen, dass Dänemark zu kommenden internationalen Verhandlungen hinzugezogen werde, um die nationalen dänischen Interessen zu wahren, die mit der künftigen Ordnung der Verhältnisse in Südschleswig verbunden sind.

Was haben Sie zum Wahlergebnis in Südschleswig zu sagen?

Bei den Wahlen in Südschleswig bekamen die Listen der dänischen Minderheit eine bedeutende Stimmenzahl. Vergleicht man diese Stimmenzahl mit dem Abstimmungsresultat vor der Grenzziehung 1920 und mit der Zahl der dänischen Stimmen bei den Wahlen bis 1933, so ist der Unterschied so überwältigend gross, dass man daran zweifelt, dies bedeute eine entsprechend dauerhafte und haltbare Ausbreitung des Dänentums. Selbst wenn das Dänentum im wachsen wäre, muss man in diesem Falle von einer ausgeprägten Konjunkturwahl sprechen, bei der Deutschlands Schicksal nach der Niederlage viel bedeutet hat. (b/10/27(2/1/he)

K a n a d a

Deutsche Einwanderung? - Seit 1.1.1947 "kanadischer Staatsbürger"

(von einem Mitarbeiter in Kanada)

Es ist für Kanada ebenso wichtig, einige Millionen Menschen mehr zu besitzen, wie es für Europa wichtig ist, Millionen abzugeben", stellte kürzlich der kanadische Landwirtschaftsminister, J.C. Gardiner, fest. Kanada, so gross wie Europa, dh. also etwa zwanzigmal so gross wie Deutschland, hat nur eine Bevölkerung von rund elf Millionen. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung dieses weiten Landes ist also untrennbar verbunden mit dem Anwachsen der Bevölkerung. Da der natürliche Bevölkerungszuwachs viel zu gering ist, war schon vor dem Kriege zu erkennen, dass man früher oder später auf eine verstärkte Einwanderung zurückgreifen müsste, sollte die wirtschaftliche Entwicklung nicht aufs schwerste gehemmt werden.

Besichtlich ist, dass der britische Anteil an der kanadischen Gesamtbevölkerung nur noch eben etwas über die Hälfte beträgt. In den letzten Jahren vor dem Kriege war die britische Rückwanderung von Kanada nach Grossbritannien erheblich stärker als die britische Einwanderung nach Kanada.

Es braucht nicht eigens betont zu werden, dass Kanada vor allem die britische Einwanderung zu fordern versucht. Sie dürfte aber kaum so stark werden, um den kanadischen Bedarf an Einwanderern zu decken und man wird zwangsläufig auf die anderen europäischen Länder zurückgreifen müssen. Wie weit sich auch deutschen Auswanderern die kanadischen Tore wieder öffnen, muss abgewartet werden. Insgesamt leben in Kanada etwa 600.000 Menschen deutscher Abstammung, das bedeutet, dass neben dem britischen und franco-kanadischen Element (etwa drei Millionen) das deutsche den stärksten Anteil an der kanadischen Gesamtbevölkerung hat. Neben den USA war Kanada schon immer das Hauptziel land der deutschen Auswanderung. Es ist auch von kanadischer Seite immer wieder zugegeben worden, dass besonders Deutsche es waren, die dem kanadischen Westen erschliessen und besiedeln und seinen heutigen Reichtum aufbauen halfen.

Ein wichtiger Meilenstein in der geschichtlichen Entwicklung Kanadas ist das mit dem 1. Januar 1947 in Kraft getretene "Bürgerschaftsgesetz". Damit ist jetzt der Begriff des kanadischen Staatsbürgers geschaffen worden, während es bisher nur "Britische Untertanen" gab. Bemerkenswert ist, dass in dem Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, dass auch der kanadische Bürger nach wie vor "British subject" (Britischer Untertan) bleibt. Ein neuer Beweis dafür, wie bei der Übergabe der Urkunde an den kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King in einer Ansprache des Dominionministers Martin betont wurde, dass Kanada im Gegensatz zu den bekannten Fehlprognosen seine politische und geschichtliche Entwicklung lediglich innerhalb des grossen Rahmens des "British Commonwealth of Nations" sucht. Die Erklärung des kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King vom Frühjahr 1939: "Kanada ist im Kriege, wenn England im Kriege ist", dürfte auch für etwaige künftige Entwicklungen noch gültig bleiben. Der aufopferungsvolle Einsatz Kanadas hat in der englischen Öffentlichkeit immer wieder grösste Anerkennung gefunden, auch jetzt noch macht Kanada alle Anstrengungen, die Lebensmittelversorgung Englands zu sichern, und es spricht ebenso für sich, dass Kanada grosszügig an England eine Nachkriegsanleihe von 100.000.000 Dollars gab, trotz der eigenen finanziellen Belastung.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung Kanadas ist rapide und ungeheuer gestiegen. Es stand in den Jahren vor dem Kriege unter allen Ländern der Welt an vierter Stelle im Export, an achter Stelle im Import und an fünfter im Umfang des Gesamthandels. Es ist heute der für England wichtigste Bestandteil des British Empire, nicht zuletzt wegen seiner im Vergleich zu den anderen Reichsteilen verkehrs- und wohngeographisch günstigen Lage zum Mutterlande, und es nimmt eine wichtige Mittlerstelle zwischen den beiden grossen angelsächsischen Mächten ein. Immerhin ist die Tatsache einer zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung an die U.S.A. nicht zu bestreiten. Die durch Kanada führende strategische Autostrasse U.S.A.-Alaska ist Symbol für das politische Verbundensein. Die enge wirtschaftliche Verflechtung wird am deutlichsten durch die riesigen U.S.A.-Kapitalanlagen in Kanada. Die kanadische Holz- und Papierindustrie, der Bergbau, die Automobil- und Ölindustrien usw. stehen unter dem bestimmenden Einfluss U.S.A.-Kapitals, das die englischen Anlagen weit übertrifft.

Der ungeheure Reichtum des Landes lässt sich am deutlichsten erkennen wenn man bedenkt, dass Kanada das grösste Weizenausfuhrland ist, die grösste Papierindustrie der Welt (Produktionskapazität für Zeitungspapier jährlich 4 Mill. Ton) hat, dass es 90% der Weltnickelproduktion aufweist, nach Südafrika an zweiter Stelle in der Gelägewinnung steht! Einen gewaltigen Aufschwung hat infolge des Krieges die Schiffsbauindustrie erfahren. Nach neuesten Meldungen sind jetzt aus Frankreich, Holland und China für 110.000.000 Dollars Bauaufträge eingegangen, die vor dem Kriege zweifellos an England gefallen wären. - So ist Kanada heute ein Land, dessen weitere wirtschaftliche Entwicklung grösste Beachtung verdient. - Welche Möglichkeiten sich für spätere deutsch-kanadische Handelsbeziehungen ergeben und in welchem Umfange wieder eine deutsche Einwanderung möglich werden wird, kann jedoch, wie gesagt, erst die Entwicklung der kommenden Jahre aufzeigen. (b/B40/191/1/he) P.C.M.R.

#### Über 400.000 Gewerkschaftsmitglieder in Norwegen

K.V. Bei Jahresschluss hat die Mitgliederzahl der norwegischen Gewerkschaften die Zahl 400.000 überschritten. Bei der Befreiung des Landes am 7. Mai 1945 betrug die Mitgliederzahl 252.337, d.h. die Mitgliederzahl ist seit dieser Zeit um 148.000 gestiegen.

Dem Gewerkschaftsbund sind 38 Verbände angeschlossen. Der zahlenmässig stärkste Verband - der norwegische Eisen- und Metallarbeiterverband - zählt 44.169 Mitglieder. Als zweitgrösster Verband folgt der Bauarbeiterverband mit 37.500 Mitgliedern. In Ganzen gibt es acht Verbände, deren Mitgliederzahl 20.000 übersteigt. (b/A13/211/1/he)

#### 400 Offiziere des OKW freigelassen.

In diesen Tagen sind, wie die "Daily Mail" zu melden weiss, 400 deutsche Offiziere, die dem ehemaligen OKW angehörten und seit dem Zusammenbruch interniert waren, freigelassen worden. Es handelt sich dabei ausschliesslich um jüngere Offiziere, die sich politisch im Hitler-Reich nicht betätigt hatten. Unter ihnen befindet sich auch Oberstleutnant von Brauchitsch, der Sohn des früheren Generalfeldmarschalls Brauchitsch. Von der amerikanischen Militärregierung ist dagegen ein Verfahren gegen General Walter Warlimont und den juristischen Berater des OKW, Rudolf Lehmann, eingeleitet worden. (m/B1c/1/n)

#### Britische Kontrollkommission baut ab

Die britische Kontrollkommission in Deutschland, die gegenwärtig rund 14.000 Beante umfasst, soll bis zum April auf 10.000 Mann reduziert werden. Diese Massnahme erfolgt im Zuge der wirtschaftlichen Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone. (m/B1c/211/1/he)